

Original :JAC

Kopien :BRF DD DY KJP SIN RUE GRN KT LA PB SRU WOK CFR
 AJ AY ER GWB MA SFR FN AX WI GH RAE

Kopie nach Kenntnisnahme vertraulich vernichten !

bonn, den 17.11.89

13:00

000266 -hhhhh

geht an: - staatssekretaer jacobi, blankart
 - botschafter staehelin, arioli, corti
 kellenberger

- schweizerische botschaft berlin ddr, paris,
 wahsington, london, schweizerische mission bei
 den eg, bruessel (direkt via radio/d/c)

vertraulich
 p.b. nr. 54/89 - lt/ac

de u t s c h - d e u t s c h e b e z i e h u n g e n

seit mehreren tagen harren hunderte von schaulustigen und dutzende von kamerateams tag und nacht vor dem brandenburger tor, um sich den symboltraechtigsten akt der wiedergewonnenen freizuegigkeit, den fall der mauer im herzen dessen, was zuerst preussen und dann deutschland monumental repraesentierte, nicht entgehen zu lassen. praktisch stuedliche berichtserstattungen in den beiden oeffentlichrechtlichen fernsehkanaelen lassen beim unbedarften zuschauer den eindruck aufkommen, dass nach dem fall der mauer an jener stelle das wiederzusammenwachsen berlins zwischen kaiserdamm, siegessauele, dem brandenburger tor und unter den linden kurz bevorstehe, dass wehmuetige drehorgelmusik bald vom alten stolz und glanz sowie der lebenslust der geschundenen und noch immer okkupierten stadt kuenden werde.

der weg dahin aber ist viel weiter, als es die frontberichterstattung von ard und zdf zugeben mag, essentielles wird vedraengt: freizuegigkeit fuer ddr - staatsangehoerige heisst nicht fall der grenzen. die mauer in berlin und die grenzbefestigungsanlagen zwischen luebecker bucht und hof werden noch fuer lange zeit stehen bleiben. die trennlinie - angereichert durch zusaetzliche uebergangsstellen - wird aber ihren charakter als todesstreifen verlieren und die zuege einer normalen staatsgrenze annehmen. daran aendert auch die tatsache nichts, dass am letzten wochenende und wahrscheinlich auch an den kommenden die ddr-grenzer dem ansturm richtung westen nicht gewachsen waren, die schleusen oeffneten und die ddr-buerger weitgehend unkontrolliert passieren liessen. die bis in einigen wochen zu erwartende normalitaet wird darin bestehen, dass mit umfassenden und genauen kontrollen - auch mitten in berlin - zu rechnen ist.

kopie ging an: bawj

17.11.1989 16.30h -o- bma



der grund dafuer liegt nahe: die beiden wirtschaftssysteme sind derart inkompatibel, dass ohne konsequente waehrungs- und warenkontrollen die ddr-wirtschaft schnell zusammenbrechen wuerde. zwei beispiele: ostdeutsche koennten versucht sein, in der ddr subventionierte waren gegen devisen im westen zu verkaufen (die polen tun das heute schon jedes wochenende), was das schon klaegliche angebot weiter stuetzen wuerde. touristen aus dem westen koennten mit schwarz gewechselten ostmark (10:1) zahlreiche ddr-waren, die durchaus konkurrenzfaehig sind, zu spottpreisen aufkaufen. die ddr wird also gezwungen sein, aus p r i m a e r w i r t s c h a f t l i c h e n g r u e n d e n der freizuegigkeit vorerst recht enge grenzen zu setzen, was nicht in die gegenwaertige euphoriegeschwaengerte gesamtdeutsche aufbruchstimmung passt. der katzenjammer ist absehbar.

kaum jemand, der sich fuer politisch oder wirtschaftlich bedeutungsvoll haelt, sieht hier gegenwaertig davon ab, sich ueber rezepte zur unterstuetzung des ddr-reformprozess vernehmen zu lassen. diese mit viel publizitaet und wenig bescheidung gefuehrte diskussion ist ungluecklich, hieben bewirkt sie eine ''heim ins reich'' - stimmung mittels aufkauf und drueben bedraengt sie die sed-machthaber und empoert die kleinen buerger.

so machte etwa kohl wirtschaftliche hilfe abhaengig von freien wahlen: war es klug, die reformbereite neue sed-fuehrung in aller oeffentlichkeit in die ''vogel friss oder stirb'' - position zu manoevrieren? biederkopf und ex-minister leber schlugen gestern vor, am bisher als tag der deutschen einheit gefeierten 17. juni das ganze brd-arbeitvoelk frondienst leisten zu lassen und den erloes (ca. 10 milliarden dm) den darbenden bruedern und schwestern zu ueberweisen. voelkische solidaritaet?

vor dem hintergrund einer in reichweite scheinenden wiedervereinigung werden hier fakten verdraengt:

- keine der ddr-oppositionsgruppen - weder politische noch kirchliche - haben die wiedervereinigung auf ihren forderungskatalog geschrieben,
- einige unter ihnen, die - wie insbesondere das neue forum wesentlicher katalysator der gegenwaertigen entwicklung waren - bekennen sich nach wie vor zum sozialismus. baerbel bohley ist denn auch fuer telefoninterviews viel weniger gefragt als noch vor dem fall honeckers.
- die ddr ist nicht ein gebilde, das man nunmehr getrost auf den abfallhaufen der geschichte werfen darf. ihr soziales sicherheitsnetz, ihr bildungssystem, ihre mikroelektronik stehen positiv zu buche. zweidrittel - und ellbogen-gesellschaft, rauschgift- und kriminalitaetsproblematik, 1,8 milliionen arbeitslose existieren dort nicht. oder: nur wenigen geht es drueben wirklich sehr gut, aber keinem - ausser bisher aus politischen gruenden - sehr schlecht.

brd und ddr in wirtschaftlicher und sozialer hinsicht vorerst sachte kompatibel zu gestalten, scheint realistischer als forderungen, die dortigen voh's mittels gewaltiger finanzspritzen und westlichem management "auf vordermann" zu bringen.

in den letzten 24 stunden scheint sich indessen die euphorie bereits etwas zu legen und einer nuechternen betrachtungsweise platz zu machen. bemerkenswert ist die in der bundes-tagsdebatte von allen parteien unterstuetzte ansicht, wonach die frage der wiedervereinigung von den menschen in der ddr entschieden werden muesse. es handelt sich dabei um eine in verfassungsrechtlicher hinsicht nicht zu unterschaezende nuance. das grundgesetz stipuliert naemlich in seiner praeambel, dass das "... g e s a m t e d e u t s c h e v o l k aufgefordert (bleibt), in freier selbstbestimmung die einheit und freiheit deutschland's zu vollenden".

der drang zur wiedervereinigung jedoch - wenn auch seit donnerstag von den wichtigsten politischen gruppierung zugegebenermassen zurueckhaltender zum ausdruck gebracht - ist ein faktum. mit welchen politischen und wirtschaftlichen mitteln er in den naechsten monaten in druck umgewandelt wird, bleibt abzuwarten.

j. leutert

ambasuisse